

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Kaufmännische Vertriebsstellen entgegen. - Erscheint werktäglich.
Jahrespreis - Anschlag Nr. 35.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigen für den Anzeiger sind nach dem Anschlag zu bezahlen. Für den Anzeiger sind nach dem Anschlag zu bezahlen. Für den Anzeiger sind nach dem Anschlag zu bezahlen.

Telegraphische Anzeigergebühren.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua.

Postfach-Nr. 1040 Aua Leipzig Nr. 1040

Nr. 228

Donnerstag, den 30. September 1926

21. Jahrgang

Amthlicher Bericht über Germersheim.

Die Erregung im Rheinland.

Frankfurt a. M., 28. Sept. Die durch den Regierungspräsidenten der Pfalz über den tragischen Zwischenfall in Germersheim angeordnete Untersuchung hat folgendes einwandfreie Bild von den Vorgängen in der Nacht zum Montag ergeben:

In der Nacht zum 27. September wollten vier junge Leute, die von 8-12 Uhr in verschiedenen Wirtschaften verkehrt hatten, sich gegen 1 Uhr nach Hause begeben. Sie trugen weder Waffen, noch waren sie betrunken. Es war auch nicht zu irgendwelchen Zusammenstößen oder auch nur zu einem Wortwechsel vorher mit den Franzosen gekommen. Außerhalb der Stadt, am Ludwigstor, sahen die jungen Leute einen Zivilisten stehen, der sie aufmerksam beobachtete. Aus der Gruppe der vier Leute löste sich darauf Holzmann und näherte sich dem Unbekannten, der ihm etwas in französischer Sprache zurief, was aber Holzmann nicht verstand. Der Franzose schlug dann nach Holzmann mit einer Reitpeitsche und gab, ohne daß von seiten des Angegriffenen etwas geschähen wäre, aus einer Pistole zwei oder drei Schüsse ab, von denen einer Holzmann ins Gesicht traf.

Die Gruppe der jungen Leute kehrte darauf um, um Holzmann, der nur leicht verletzt war, ins Krankenhaus zu bringen. Unterwegs begegnete ihnen der Fuhrmann Mathes, dem sie den Vorfall erzählten, und der daraufhin vorschlug, auf den Franzosen, der die StraÙe herunterkommen müsse, zu warten und seine Personalien festzustellen. Der Franzose kam auch und ging an der Gruppe vorbei, die ihm dann in einiger Entfernung folgte. Als die jungen Leute den Franzosen beinahe eingeholt hatten, drehte er sich um und drohte zu schießen. Zwei der jungen Leute flüchteten darauf. Mathes und ein gewisser Hermann Fechter, der neugierig geworden war, schloß sich an Mathes an, und beide gingen weiter hinter dem Franzosen her. Dieser drehte sich wieder um und rief den Deutschen zu: „Attention! Kommen Sie nicht heran! Gehen Sie zurück!“ In diesem Augenblick schoß der Franzose, der den jungen Holzmann verwundet hatte, nach Mathes und Fechter aus einer Entfernung von etwa vier Metern. Er traf Mathes in den Kopf. Passanten, die sich in zwischen einfinden, bemühten sich um den Schwerverwundeten; aus den Nachbarhäusern kamen die aufgeregtesten Bewohner heraus. Da fielen eine Reihe weiterer Schüsse, von denen zwei den Ernst Müller trafen, und zwar einer in den Arm und der zweite ins Herz. Müller brach sofort tot zusammen.

Kurz vorher hatte sich ein zweiter französischer Zivilist eingefunden, der ebenfalls Mathes und Fechter aufgesordert hatte: „Weichen Sie stehen! Gehen Sie zurück!“

Es ist festgestellt worden, daß sämtliche Schüsse aus der Waffe des Unterleutnants Roucier vom französischen Artillerieregiment Nr. 311 abgegeben worden sind. Mit den weiteren Erhebungen sind die deutschen Gerichtsbehörden, der Bezirksammann und ein beson-

ders von Speyer entsandter Regierungskommissar beauftragt. Die Obduktion der Leiche Müllers, die von den deutschen Gerichtsbehörden bereits angeordnet worden war, mußte auf Veranlassung des französischen Kommandanten zunächst ausgesetzt werden. Sie hat nunmehr heute vormittag stattgefunden, und zwar wurde sie von deutschen Ärzten im Beisein französischer Militärärzte vorgenommen. Der Befund ist bis zur Stunde noch nicht bekanntgegeben.

In der vergangenen Nacht hat sich leider ein neuer Zwischenfall in Germersheim ereignet. Ein Präfekturkonditor erstattete Anzeige, daß aus einem Automobil, das anscheinend von einem Franzosen gesteuert wurde, ein Schuß auf ihn abgegeben worden sei. Auch diese Angelegenheit, die noch nicht geklärt ist, ist Gegenstand von Untersuchungen seitens der deutschen Behörden.

Die Presse des besetzten Gebietes nimmt bei Besprechung des Zwischenfalls in Germersheim im allgemeinen Stellung zur Befragungsfrage und stellt dabei fest, daß solche Zwischenfälle, die geeignet sind, die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zu verhindern, sich ereignen werden, solange es überhaupt eine Besetzung gibt. Der „Märker Anzeiger“, ein Blatt also, das im Hauptquartier des Oberbefehlshabers der Rheinarmee erscheint, sagt u. a.: „Dieser ewige Konfliktstoff liegt im Befragungsfrage als solchem. Es ist einfach unmöglich für die französische Armeeleitung, über jeden einzelnen Soldaten zu wachen, damit sich solche Zwischenfälle vermeiden lassen.“ Das Blatt zieht dann aber auch zu dem Germersheimer Zwischenfall die politische Konsequenz, wenn es schreibt: „Sollte der Gang der Untersuchung beweisen, daß die Schuld wieder bei einem Angehörigen der Armee liegt, so muß die Forderung des besetzten Gebietes auf Abzug der Besatzungstruppen zu einem Rotschrei werden, der nicht ungehört verhallen kann. Das eine kann jetzt schon gesagt werden: So geht es nicht weiter. Die Rechtlosigkeit der deutschen Bürger drängt dazu, eine grundlegende Aenderung vorzunehmen, die sich nicht auf Einzelheiten beschränken darf, sondern zu einer Abschaffung des ganzen Befragungs-systems führen muß. Dieser Vorfall hat einen Anlaß gegeben, in der Befragungsfrage noch entscheidendere Schritte als bisher zu unternehmen. Wenn etwas die Notwendigkeit einer raschen Räumung der Rheinlande erweisen kann, so dieser Vorfall. Friedensstalten können nicht vor solchen Blutstätten. Friedensstalten können allein ihnen ein Ende machen.“

Der Zwischenfall vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Sowohl von deutschnationaler wie von kommunistischer Seite ist, wie gemeldet wird, beabsichtigt, in der nächsten, für den 7. Oktober angelegten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses außer den Besprechungen über Genf und Thoiry auch den Zwischenfall Germersheim zur Sprache zu bringen.

De Monzie über die deutsch-französische Annäherung.

Paris, 28. September. In der heutigen Sitzung des Senatsrats des Departements der Loire hielt der Präsident Senator de Monzie eine Ansprache, in der er zur Frage der deutsch-französischen Annäherung u. a. sagte, er freue sich über die bevorstehende Abschaffung des Regimes der Kontrolle und des Zwanges und darüber, daß das vollendet werde, was er vor Locarno während seines Berliner Aufenthalts im September 1925 auf moralischem Gebiete vorzubereiten beigetragen habe. De Monzie kündigte weiter an, daß man trotz der bestehenden außerordentlichen Schwierigkeiten in einigen Monaten mit außeerordentlichem Schweregrad die Vorarbeiten zu einem Vertrag rechnen der Möglichkeit eines deutsch-französischen Vertrages rechnen könnte, dessen Abschluss aber keinerlei Zustimmung Frankreichs bedürfte, dessen Abschluss aber keinerlei Zustimmung Frankreichs bedürfte. Die Methode der Sowjets in sich schleppen werde, der der Occident sich nötigenfalls mit aller Energie widersetzen werde.

Times zu den Reden Voincares.

London, 28. September. Times sagt in Besprechung der letzten Reden Voincares, daß der Standpunkt Voincares der Frage der Schuld am Kriege von der öffentlichen Meinung in England und in allen anderen alliierten und assoziierten Ländern geteilt werde. Voincare sei gezwungen gewesen, Behauptungen zurückzuweisen, die, wenn sie ohne wesentlichen Widerspruch geblieben wären, als Werkzeug hätten benutzt werden können, um wesentliche Bestimmungen des Versailles-Vertrages zu untergraben. Die Schuld Deutschlands sei die moralische Grundlage vieler der Bedingungen, die der Friedensvertrag festgelegt habe.

Kirche und Völkerverbund.

Eine bemerkenswerte kirchliche Kundgebung.

Von einem bekannten evangelischen Pfarrer wird geschrieben:

In der letzten Nummer der kirchlichen Rundschau für das Gesamtgebiet des deutschen evangelischen Kirchenbundes „Das evangelische Deutschland“ veröffentlicht der General superintendent der Kurmark, Dr. Otto Diebelius, einen Aufsatz über „Kirche und Völkerverbund“, der es verdient, in der weitesten Öffentlichkeit beachtet zu werden. Denn es hat bisher lebhaft be fremdet, daß so wenige evangelische Pfarrer für den Völkerverbund öffentlich und mit Energie eingetreten sind. Es mußte jedem gesund empfindenden Menschen selbst erscheinen, daß gerade die mit dem Amt der Besorgung betrauten Männer in Deutschland so wenig Verständnis für die erhabene Idee des Völkerverbundes zeigten. Mit klugen Worten sucht natürlich Diebelius dies zunächst zu rechtfertigen. Geistreich deutet er ja die tiefere nationale Befangenheit der Kirche: „Der Glaube kann nicht die Liebe zum Nächsten überbrücken, um die fernsten Lieb haben zu können.“ Er weist darauf hin, daß sich der Völkerverbund zunächst als eine Institution erweisen habe, deren Entscheidungen die Empörung des deutschen Volkes erregten. Man wird ihm beistimmen müssen, daß es für unser deutsches Empfinden nicht angeht, nach Art der englischen und amerikanischen weltlichen Einsetzung den Geist des Völkerverbundes mit dem Geiste Gottes zu identifizieren und das Zeitalter des Völkerverbundes mit dem Ruße zu begründen. Das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen! Auch unsere Freunde des Völkerverbundes hat diese Institution immer nur als Mittel gepolten, um Zustände herbeizuführen, die nur auf sittlichen und religiösen Wegen erzielt werden können. Aber nun war es unsere Sorge, daß sich die evangelischen Pfarrer Deutschlands dieser Aufgabe entziehen zu wollen schienen, während die anglikanischen Kirchen sofort in ihrer Weise Hand an Werk gelegt hatten.

Da ist es denn eine aufrichtige Freude, daß Diebelius in seinem Artikel die Parole ausstößt: Mitarbeit der Kirche für das Ideal des Völkerverbundes! Das Ideal, um das es geht: Befriedung der Welt und Befriedung des Weltgebrauchs durch die Rückkehr auf die Lebensinteressen anderer Völker — wie solle eine Kirche des grundsätzlichen verneinen! Er schreibt:

„Jetzt ist Deutschland in den Völkerverbund eingetreten. Deutschland hat vor aller Welt den Willen bekundet, auf der Grundlage dieser Organisation mitzuarbeiten an einer Neugestaltung der Welt. Ob der Schritt richtig war oder nicht, steht nicht mehr zur Erörterung. Der Schritt ist getan. Und damit ist eine völlig neue Lage geschaffen.“ Richtig bezeichnet er als Aufgabe Deutschlands, „das Ideal des Völkerverbundes in seiner Reinheit zu vertreten“, diese kirchliche Forderung ist zugleich die deutsche Politik. Diebelius verkennt nicht, daß es diesen Geistlichen schwer fallen werde, umzusetzen; aber es müsse sein. Deutschland braucht die Mitarbeit der Kirche, denn seine eigene, Mitarbeit im Rate der Völker kann nur dann fruchtbar sein, wenn sie aufrichtig und ohne Vorbehalt geschieht.“

Das sind treffliche Worte. Es wäre eine Mühsal, wollten wir meinen, daß sie mit einem Schläge von heute auf morgen allenthalben beherrigt werden. Aber es wäre auch ein Irrtum, den Artikel des General superintendenten der Kurmark für den Husarenritt eines Aufsehters zu halten. Er spricht nur aus, was die Ueberzeugung der verantwortlichen Stellen ist.

Rückkehr der deutschen Delegation aus Genf.

Die deutsche Delegation ist aus Genf in Berlin unter Führung des Staatssekretärs v. Schubert, des Ministerialdirektors Dr. Gaus und des Abgeordneten Prälat Dr. Kaas eingetroffen. Zur Begrüßung waren auf dem Bahnhof erschienen: Reichsminister Dr. Haslinger, im Auftrage des von Berlin abwesenden Reichskanzlers der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pänder, vom Auswärtigen Amt die Ministerialdirektoren Dr. Köpke und Dr. Wallroth, der stellvertretende Pressesekretär, Vortragender Legationsrat Rehtlin, sowie mehrere Beamte des Auswärtigen Amtes.

Die englische Politik gegen Rußland.

London, 28. Sept. Zu der Möglichkeit, daß nach der Ankunft Krassins in London seitens der Sowjetregierung der Versuch gemacht würde, die zwischen den beiden Ländern bestehenden noch ungelösten Fragen zu regeln, verlautet, daß die Haltung der britischen Regierung gegenüber Rußland unverändert sei. Man werde Krassins mitteilen, daß die konservative Regierung nicht in der Lage sei, den feindseligen zwischen den Vertretern der Sowjetunion und der damaligen britischen Regierung berechneten Vertrag gutzuheißen.

Stresemann am Rhein.

Berlin, 28. Sept. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat Montag abend Berlin verlassen und sich nach Wiesbaden begeben, wo eine Vorkonferenz zu dem Parteitag der Deutschen Volkspartei stattfindet. Von dort begibt sich der Minister nach Köln. Die Rückkehr nach Berlin erfolgt nach dem bisher vorliegenden Plan am Montag nächster Woche.

Am gleichen Tage dürfte auch Reichskanzler Dr. Marx von seinem kurzen Erholungsurlaub wieder in Berlin eintreffen. Der nächste Kabinettsrat wird wahrscheinlich für den 5. Oktober anberaumt werden.

Freitag's Abbruch von Bukarest.

Gestern morgen hat der bisherige deutsche Gesandte in Bukarest, Hans Freytag, Rumänien verlassen, um seinen neuen Posten im Auswärtigen Amt in Berlin anzutreten. Die Regierung gab Freitag zu Ehren ein Dinner, das am Sonntag im Außenministerium stattfand. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts, sowie alle hier beglaubigten Missionen, haben daran teilgenommen. Am Bahnhof waren sämtliche fremden Gesandten erschienen, sowie in Vertretung des Ministerpräsidenten der stellvertretende Ministerpräsident Coanda, in Vertretung des im Ausland befindlichen Außenministers Parisi Causacugino.